

warten. Dann kann er selbst der neue Herrscher im Reich der Komödie, der neue Holberg sein. Eine ganze Reihe feinsinniger Schau- und Lustspiele der selbigen Theater lebendig, doch das köstlichste ist der "Nadmarkt in Vulkanig", der unheimlich originell philosophischen Geistesstempel mit pikantem Wortwitz und grotesker Charakteristik verbindet. — Heute schon sei bekannt gemacht, daß Professor Ottomar Enting am Donnerstag der Vorkellung seiner Kleinstadt-Komödie "Das Kind" bewohnen wird.

— **Band deutscher Feldbahnfahrer, Bezirksverein Mies.** Man berichtet uns: Die am 26. d. M. im Bahnhofs-Hotel Mies stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Der 2. Landesvorsitzende, Cif.-Sekretär Hermsdorf-Dresden, gab an der Hand von amtlichen Unterlagen die ausführliche Mitteilung, daß die aufgestellten Forderungen vor der Entscheidung stehen. In treffenden Worten gab er bekannt, daß die berechtigten Forderungen nur für die Mitglieder des Bundes auszufordern werden. Eine entsprechende Eingabe ist an das R. F. M. gemacht worden. Es werden darin folgende Forderungen erhoben: 1. daß die während des Krieges widerrechtlich vorenthaltenen Kriegsbefehle und Teuerungszulagen sofort in allen deutschen Mitgliedstaaten nachgezahlt werden, 2. die als Gehaltsersatz anzuprechenden Fahrgebühren (Wauschale) dem Fahrpersonal umgehend angemessen werden, 3. Zahlung des Entlassungsgeldes und Auslösung eines Entlassungszugangs und 4. endlich eine ausreichende Entschädigung für das im besetzten Gebiet geraubte Privatigentum erfolgt. — Dieses zur Aufklärung für die dem Bunde noch fernstehenden Kameraden.

— **Deutscher Beamtenbund.** Das "Wirtschaftsprogramm der organisierten Beamtenschaft Sachsens" lautet das Thema, welches das Dresdner Bundesmitglied, Herr Studentrat Hoffmann, am Donnerstagabend in einer leider nicht gut besuchten Versammlung der Mitglieder der Ortsgruppen Wrohenhain, Mies, Coswig und Wendischhain in einundneunzigstündigen Ausführungen behandelte. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die Organisation des D. B. B. überhaupt und sodann im besonderen über die Landesgruppe Sachsen und über deren Wirtschaftsausschuss und seine Vertretungsstellen. Der Redner betonte, daß wir uns in wirtschaftlichen Fragen nicht so sehr nach Berlin orientieren dürfen, wohl aber über Sachsen hinaus, insbesondere seien Arbeitsgemeinschaften mit den Süddeutschen Bayern anzustreben, daß wir uns aber gleichzeitig zur starken Zentralisierung des D. B. B. bekennen. Bei all seinen wirtschaftlichen Maßnahmen gehe der B. B. von dem Grundsatz aus, zunächst von eigenen Neugründungen abzusehen, sich vielmehr an bestehende Betriebe und Einrichtungen anzuschließen. Verhandlungen zwischen den Kriegsbeschäftigten und den Angehörigen-Organisationen, sowie mit dem Sach. Offiziersverein wegen Bildung von Arbeitsgemeinschaften in wirtschaftlichen Fragen. In den einzelnen Versorgungsgruppen übergehend, entwickelte der Redner sodann ein Bild über die getroffenen Maßnahmen des B. B. zur Versorgung der Beamtenschaft mit Fleisch, Kartoffeln, Holz und Kohlen, sowie mit Schuhwerk usw. Weiter gab der Redner Aufklärung über die finanzielle Fundierung des B. B. und über die schon in den nächsten Wochen zu gründende Beamtenschaft. Reichlich Beifall lohnte die klaren Ausführungen des Redners, die erkennen ließen, welche großes Feld zu bearbeiten ist, um der noch heute in wirtschaftlicher Not sich befindenden Beamtenschaft zu helfen. Am Ende des Vortrags schloß sich eine Aussprache an, in deren Verlauf der Redner alle noch gestellten Fragen erschöpfend beantwortete. Darauf schloß sich die Versammlung nach eingehender Beratung des Sachverhaltes seitens des Herrn Vortragenden einstimmig dem klaren Protest an, der vom D. B. B. in Verbindung mit der Gewerkschafts- und Beamtenschaft des Verbandes sächs. Bäckereimänner erhoben worden ist in der durch die Presse bereits genügend bekannt gewordenen Angelegenheit der veränderten Entlohnung amerikanischer Beamtenschaft. Zusammenfassend sei noch gesagt, daß der Abend großem Interesse begegnete und daß man es allgemein bedauerte, daß die zahlreiche Beamtenschaft von Wrohenhain und Umgebung nicht hätte teilnehmen können. Es wird diese bei der nächsten Versammlung nachzuholen sein.

— **Die Neuordnung der Gütertarife.** Am Anstöße an die am Freitag mitgeteilte Besprechung der Neuordnung der Gütertarife ist noch über folgende Gegenstände beraten worden: Auf Vorschlag der sächsischen Tarifkommission und des Ausschusses der Verkehrsinteressierten soll die Einführung der Eisenbahn für Berlin und Beschäftigung eines Gütes künftig wie bei der Post allgemein auf 20 Mark für ein Kilogramm beschränkt werden. Bei höherwertigen Gütern kann der Absender den Wert bei der Eisenbahnversicherung gegen eine mäßige Gebühr, die nach Entfernungen gestaffelt und für zwei Gütergruppen — Edelmetalle und sonstige Güter — verschieden festgesetzt ist. Die Versicherungssumme darf den gemeynen Wert des Gutes um höchstens 10 Prozent übersteigen. Daneben kann eine Versicherung der zeitweiligen Verletzung eingeführt werden, durch welche die Eisenbahn die Haftung für den durch etwaige Verzögerung der Sendung entstehenden Schaden übernimmt. Die Sachverständigen erklärten sich mit dieser Neuordnung und den weiteren Vorschlägen der sächsischen Tarifkommission über die Frachtberechnung für Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren sowie über einzelne weitere Veränderungen des Eisenbahntariffalles von geringerer Bedeutung einverstanden. Die Einführung der beschränkten Haftung und der Versicherung ist von der vorherigen Herabsetzung der gesetzlichen Bestimmungen im Handelsgelehrbuch und der Eisenbahnverkehrsordnung abhängig, die beschleunigt herbeizuführen werden soll.

— **Die Prämien für abgelieferte Waffen.** Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung Dr. Peters gibt bekannt, daß er entgegen umgehenden Verträgen die für die Ablieferung von Waffen ausgegebenen Prämien unter keinen Umständen erhöhen wird. Au den festgesetzten und der Öffentlichkeit durch Anschlag bekanntgegebenen Sätzen wird unbedingt festgehalten. Die vollen Prämien werden für Ablieferungen bis zum 10. Oktober einschließlich gezahlt. Für Ablieferungen in der Zeit vom 11. bis einschließlich 20. Oktober werden Prämien in Höhe der Hälfte der jetzigen Sätze gezahlt. Am 21. Oktober hört jede Prämienzahlung auf. Wer dann bis zum 1. November einschließlich abgeliefert, gestiftet lediglich, ebenso wie jeder, der seit dem 15. September abgeliefert hat, die durch das Entwaffnungsgesetz bestimmte Straffreiheit. Wer nach dem 1. November bei den in Aussicht genommenen eingehenden Ermittlungen in unbekanntem Besitz von Militärwaffen betroffen wird, ist den schweren Strafen des Entwaffnungsgesetzes verfallen. Es kann deswegen nicht einbringlich genug davor gewarnt werden, aus einer völlig verkehrten Erwartung hervor, die Prämien würden erhöht werden, jetzt mit der Ablieferung der Waffen zurückzubehalten.

— **Die Fettversorgung.** Entgegen den vielfach verbreiteten Nachrichten, daß vom 1. Oktober 1920 ab die Fettversorgung des Schmalzes aufhört und gleichzeitig die freie Einfuhr hierin gestattet würde, ist festgestellt, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine derartige Freiheit der Bewirtschaftung beim Schmalz nicht zulassen. Es erübrigt vielmehr notwendig, in einem gewissen Umfange für die nächste Zeit die Fettversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Es werden daher auch nach

dem 1. Oktober 1920 durch die zuständigen Vertretungsstellen auf den Kopf der Bevölkerung in jeder Woche 50 Gramm Schmalz als Streichfett zur Ausgabe gebracht. Insofern die Bevölkerung darüber hinaus einen Bedarf an Schmalz hat, soll dieser durch den freien Handel gedeckt werden, jedoch begünstigt dieser Mengen ein Kartensystem nicht besteht. Einfuhrerträge zur Deckung dieses Bedarfes sind nicht mehr an die Reichsstelle für Preisfestsetzung, sondern an den "Niederwahrungsausschuss für die Einfuhr von Fleisch und Schmalz", Berlin SW 48, Charlottenstraße 18, zu richten.

— **Der Fernsprechetrag.** Wer Weiterungen vermeiden will, die unter Umständen zur Sperrung und Aufhebung des Fernsprechanchlusses führen können, muß den fälligen einmahligen Fernsprechetrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und 300 Mark für jeden Nebenanschluß so zeitig durch Zahlkarte oder Postüberweisung dem Postkassenkonto des zuständigen Fernsprechetmittlungsamtes zuführen oder die Deutsche Volksversicherung zu zeitig mit der Zahlung beauftragen, daß der Betrag noch vor dem 1. Oktober dem Vermittlungsamt gutgeschrieben ist. Für Beiträge, die erst am 1. Oktober eingehen, zählt die Post die Zinsen erst vom 1. November. Die Antragsvordrucke für die Kreditierung durch die Deutsche Volksversicherung sind bei den zuständigen Fernsprechetmittlungsämtern zu haben und ausgefüllt an diese Ämter zurückzuführen, nicht an die Deutsche Volksversicherung. Das zuständige Vermittlungsamt ist aus der jedem Teilnehmer zugegangenen Zahlungsaufforderung per Post oder auch aus dem Teilnehmerverzeichnis zu ersehen.

Sie haben das Recht

und den Anspruch auf pünktliche Zustellung des Mieser Tageblattes — aber nur dann, wenn Sie rechtzeitig den Bezug erneuert haben. Versagen Sie daher nicht.

auf Monat Oktober

(M. 4.— ohne Zustellgebühr) sofort beim Postamt, den Zeitungsträger oder der Geschäftsstelle des Mieser Tageblattes (Goethestr. 59) zur Vermittlung an die Zeitungsträger

das Mieser Tageblatt

zu bestellen.

— **Verschiedene Preise für gleiche Waren.** Es ist vielfach zu beobachten, daß die Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere in den Vororten der großen Städte höher sind, als in den Gehäusen im Mittelpunkte derselben Orte. In gewissem Umfange mag ein kleiner Preiszuschlag sich durch erhöhte Lasten für Holzgeld rechtfertigen. Der Unterschied ist aber vielfach so groß, obwohl die Befragtenzeit der Ware oft weniger gut ist, daß zu befürchten ist, die geringere Liefertiefe der minderbemittelten Bevölkerung über die Preise oder auch der Mangel an Konkurrenzgeschäften in den Vororten veranlaßt die Händler zu ungerechtfertigt hohen Aufschlägen. Das Landespreisausschuss und die Liefermangelausschüsse, sowie die Preisprüfungsstellen werden ebenso wie die Ortsbehörden gegen ungerechtfertigte Preisforderungen in dieser Richtung mit aller Schärfe vorgehen.

— **Der sächsische Katholikentag in Leipzig** nahm folgende Entschlüsse an: 1. Am 2. sächsischen Katholikentag in Leipzig aus allen Teilen Sachsens erheben wir die stärksten Widerspruch gegen den Verfassungsbruch an den Wäuerer katholischen Schulen und fordern deren sofortige Wiederherstellung. — 2. An die Reichsregierung. Der 2. sächsische Katholikentag richtet an die Reichsregierung das Ersuchen, bei der Verabschiedung des Reichsverfassungsgesetzes für die Durchsetzung folgender Forderungen Sorge zu tragen: 1. Verhinderung der konfessionellen Schule mindestens in dem Umfange, wie sie bis zum 8. November 1918 bestanden. Wiederherstellung der widerrechtlich aufgelassenen Schulen, sowie Gewährung der Möglichkeit, weitere konfessionelle Schulen zu gründen, wo es auf Grund der Reichsverfassung von der Elternschaft gefordert wird. 2. Sicherung der konfessionellen Lehrerbildung und insbesondere Erhaltung des einzigen katholischen Seminars für diese Zwecke. — Eine dritte Entschlüsse empfiehlt angesichts der großen Gefahren für die konfessionelle Schule und für eine gut katholische Erziehung der Kinder einen Zusammenschluß der katholischen Eltern zu gemeinsamer Wahrnehmung ihrer Rechte. Die katholischen Eltern werden aufgefordert, sich eifrig in den Elternräten zu betätigen, nach Kräften dafür zu sorgen, daß echt katholische, tüchtige Eltern in diese hineingewählt werden.

— **Die Industrie zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues.** In einer fast besuchten Arbeiter-Versammlung der Ortsgruppe Jirkau des Verbandes sächsischer Industrieller, die am 23. ds. Mts. in Jirkau stattfand, wurde folgende Resolution angenommen: Die Ortsgruppe Jirkau des Verbandes sächsischer Industrieller erachtet in den von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschlägen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine große Gefahr für die gesamte Industrie und für alle Kohlenverbraucher. Sie steht voraus, daß die geplante Erziehung des Privatunternehmens durch die Gemeinwirtschaft einen Rückgang der Kohlenförderung und eine Erhöhung der Verkaufspreise zur Folge haben wird. Die deutsche Industrie kann die Befragung, der sie bei der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgelegt sein würde, nicht ertragen. Alle Vertretungen der Industrie, insbesondere der Verband sächsischer Industrieller, werden aufgefordert, die Reichsregierung und Öffentlichkeit einbringlich vor allem Experimenten auf diesem Gebiet, die nicht wieder gutzumachende Schädigungen herbeiführen werden, zu warnen.

— **Die Auseinandersetzungen mit der sächsischen Krone.** Man schreibt dem "Dresdn. Anzeiger": Es besteht die Absicht, die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Krone und Staatsbürgern juristisch klären zu lassen, daß die Angelegenheit im nächsten Landtag zum Abschluß gebracht werden kann. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die vermögensrechtlichen Verhältnisse zwischen Staat und Krone vielfach verwickelt. Die Auseinandersetzung ist daher heute sehr schwierig. Doch soll sie sowohl nach bürgerlicher, wie nach mehrheitssozialistischer Auffassung, soweit wie in der Volkskammer bisher hervortrat, in durchaus würdiger Weise erfolgen. Wie Ministerpräsident Busch am 20. Mai in der Volkskammer mitteilte, sind von den beiderseitig eingesetzten Kommissionen Beschläufe zur Sicherung des Staatsvermögens gefaßt worden. Ramentlich mach-

ten die juristischen Untersuchungen über das Staatsvermögen große Schwierigkeiten, das nach staatsrechtlicher Auffassung zum Privatigentum der Krone gehört und nach dem Daubereit entschieden wird. Zum Staatsvermögen gehören nach juristischer Auffassung auch das Grüne Gewölbe und die Gemäldesammlungen. Die näheren Bestimmungen werden voraussichtlich aber erst durch eine Regierungsvorlage an den Landtag bekanntgegeben werden.

— **Der Landesverband der evangelischen Arbeiterinnenvereine** hielt am Sonnabend in Chemnitz eine Tagung ab, die von Vertreterinnen aus allen Teilen Sachsens besucht war. Fräulein Kähl aus Dresden erstattete den von einer reichen Arbeit zugehenden Geschäfts- und Jahresbericht, während Fräulein Bornemann für die Kasse Rechenschaft ablegte. Nachdem noch über Satzungsänderungen und einige Anträge beraten worden war, hielt Pastor Frieling noch einen Vortrag über das Thema: "Wir denken wie uns die Volkskirche."

— **Gegen die hohen Kupferpreise.** Das Landespreisausschuss hat die Preisprüfungsstellen und Liefermangelausschüsse darauf hingewiesen, daß die Preise für Kupfer trotz der dreijährigen sehr guten Ernte vielfach unangemessen hoch sind. Die Geschwäftsstellen haben sich bei ihnen verhältnismäßig weniger als bei sonstigen Erzeugnissen im Laufe der letzten Jahre erhöht. Wenn z. B. noch im Herbst 1918 der Preis für 1 Pfund trockene Wainähle ohne grüne Schalen etwa 1 Mark betrug, so muß bei einem Kleinverkaufspreise von mehr als 3—4 Mark angenommen werden, daß entweder der Erzeuger oder ein Händler sich zu Unrecht daran bereichert. Die zuständigen Stellen werden bitten unangemessener Preise für Kupfer jetzt oder vor Weihnachten genau nachsehen und gegebenenfalls Festsetzung der Schuldigen veranlassen.

— **Gräb. Das Doppelquartett "Niedertafel"** Gebra verankaltete am Sonnabend zur Feier des 10. jährigen Bestehens ein Konzert, das einen recht guten Eindruck hinterließ. Die kleine Sängergesellschaft, von Herrn Georg Richter geleitet, bewies ihr Können durch Chöre von Wagner, Schubert, Fingst u. a. und erntete für die schöne Darbietung reichen, wohlverdienten Beifall. Als Solistin gewann Frau Werr-Köhler große Anteilnahme durch verschiedene Lieder, die sie mit ihrer natürlichen ungenühten Stimme ansprechend vortrug. Im Klavier zeigte sich Herr Walter Käffig als gewandter Begleiter. Orchesterkräfte, ausgeführt von der verstärkten ehemaligen Garnisonkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeister Dimmler, und ein Trio für Klavier, Violine und Cello verhönten den Abend, auf den die "Niedertafel", mit voller Befriedigung zurückblicken kann.

— **Wrohenhain.** Am dem Wochenmarkt am Sonnabend stellten sich die Preise wie folgt: Äpfel, das Pfund 20—30 Wg.; Solunderbeeren, das Pfund 40—50 Wg.; Preiselbeeren, das Pfund 2,50 M.; Birnen, das Pfund 20—30 Wg.; Bohnen, grüne, das Pfund 60 Wg.; Gurken, grüne, die Stange 40—100 Wg.; Einweggurken, das Pfund 50 Wg.; saure, das Pfund 60—70 Wg.; Pfeffergurken, grün, das Schock 3,00 M.; Karotten, junge, das Pfund 25 Wg.; Blumenkohl, hiesiger, der Kopf 50—250 Wg.; Kohlrabi, junger, der Kopf 5—15 Wg.; Rotkraut, hiesiges, das Pfund 35 Wg.; holländisches, das Pfund 50 Wg.; Weißkraut, hiesiges, das Pfund 25 Wg.; Weißkraut, das Pfund 25 Wg.; Meerrettich, die Stange 1,50—3,00 M.; Mören, das Pfund 15 Wg.; Wirsing, das Pfund 1,20 M.; Wraunen, das Pfund 1,00 M.; Weißlinge, das Pfund 1,20 M.; Butterpilze, das Pfund 1,00 M.; Sanbrüchen, das Pfund 80 Wg.; Steinpilze, das Pfund 1,50 M.; Schenkelfisch, das Kilo 8,00 M.; Sminat, das Pfund 70 Wg.; Tomaten, das Pfund 60 Wg.; Weintrauben, die Stange 2,40 M.; Zwiebeln, das Pfund 75 Wg.; Heide 3,00 M. etc. In der hiesigen Gegend hat die Weinreife begonnen.

— **Bittau.** Ein Lohnstreik der Transportarbeiter ist Freitag in Bittau zum Ausbruch gekommen. Es handelt sich hierbei um Lohnforderungen von 75 bzw. 80 Mark pro Woche. Nach dem am 30. Juni abgelaufenen Tarif erhielten die Arbeiter in Bittau 170 Mark Wochenlohn und 30 Mark Futtergeld, die Marktbesitzer 165 Mark Wochenlohn. Gefordert werden, wie der "Zitt. Morgenztg." mitgeteilt wird, für Bittau 250 Mark Wochenlohn für Arbeiter und 240 Mark für Marktbesitzer. Da die Verhandlungen zu einer Einigung nicht geführt haben, beschloßen die hiesigen Transportarbeiter am Freitagabend, am nächsten Morgen in den Streik zu treten, der auch sofort vollzogen wurde, da jedes Geschäft mit Arbeitswilligen angehalten und diese genötigt wurden, sich dem Streik anzuschließen.

— **Dresden (Bez. Dresden).** Freitagabend wurde hier die Frau des Arbeiters Fuhrmann in ihrer Wohnung mit einschlägerter Schädelfeder tot aufgefunden. Die sofort benachrichtigte Polizei nimmt als sicher an, daß die 46 jährige Frau von ihrem eigenen Manne erschlagen worden ist, der bisher nicht aufzufinden war, obwohl die Polizei mit Spürhunden nach ihm sucht. Man nimmt an, daß sich der Mann nach der Tat das Leben genommen hat.

— **Wirma.** Zur Vinderung der Wohnungsnot sollen in der ehemaligen Wioniertajerne weitere 35 Wohnungen eingerichtet werden. Die frühere Artilleriefabrik ist seitens des Staates der Stadt Wirma zum Kaufe angeboten worden. — **Freiberg.** Die Stadtverordneten beschloßen nach heftiger Debatte, die Ratsvorlage über Dienstaufwandsentschädigung für die unbesoldeten Mitglieder der städtischen Körperchaften anzunehmen. Nach dieser werden die unbesoldeten Ratsmitglieder sowie der Stadtverordnetenvorsteher mit jährlich 600, die Stadtverordneten mit jährlich 400 Mkt. entschädigt. Für jede nicht besuchte Sitzung kommen 10 Mkt. in Abzug.

— **Koschka.** In einer der letzten Nächte wurde auf einem Felde ein Kartoffeldiebstahl verübt. Am anderen Tage fand der Besitzer des Feldes eine Brieftasche mit einem größeren Geldbetrag an der Stelle, wo die Kartoffeln gestohlen waren.

— **Leipzig.** In Leipzig wurden bisher 175 000 Mark an Ablieferer von Waffen ausgezahlt. Es wurden bis jetzt abgegeben: 1500 Militärgewehre, 350 Karabiner, 500 Revolver und Pistolen, 250 Handgranaten und 40000 Stück Munition.

Geflügelzucht und Volksernährung.

— **W. B.** Immer mehr wächst die Erkenntnis, daß die fast verständig betriebene Geflügelzucht nicht nur unsere Ernährungslage verbessern, sondern auch unsere Selbstversorgung nützlich zu unterstützen vermag. Vor dem Kriege bezogen wir einen großen Teil unseres Eierbedarfes aus dem Ausland. Oesterreich-Ungarn und Rußland waren die Hauptlieferanten, während bei uns auf die Geflügelzucht wenig Gewicht gelegt wurde. Sie war vielfach nur eine Nebenberuf. Wie vieles, so muß sich in Zukunft auch dies wandeln. Leider stehen auch heute der erfolgreichen Haltung manche Hindernisse im Wege, wie die Schwierigkeiten der Beschaffung von Futtermitteln, sowie des lebenden Inventars. Nun hat ein kürzlich gegründetes Unternehmen, die Zentralgenossenschaft zur Förderung der Intensiven Geflügelzucht, Berlin-Südende, sich die Aufgabe gestellt, durch Zusammenfassung aller Interessenten die Hindernisse zu überwinden. Ramentlich sollen geeignete Futtermittel im Großen hergestellt und durch die Errichtung von Zuchtanstalten und Zentralbrütereien die Möglichkeit gegeben werden, jedem Interessenten zuverlässiges und leistungsfähiges Tiermaterial wohlfeil zu verschaffen. Ferner herrschen heute noch vielfach irrige Ansichten über die richtige Haltung von Ge-